

Fichen-Affäre

«Blocher hätte die Schnüffler stoppen können»

BERN - 200,000 potentiell gefährliche Personen hat der Staatsschutz geortet. Nationalrat Daniel Vischer (Grüne) findet diese Zahl «absurd hoch» - und sucht nach Verantwortlichen.

Von Simon Hehli

200,000 Namen sind in den Fichen des Staatsschutz verzeichnet. Sind Sie überrascht über dieses Ausmass?

Nein, überhaupt nicht. Wer den Extremismusbericht aus dem Jahr 2004 genau gelesen hat, musste genau das erwarten. Ich bin eher überrascht, dass die GPDeI solange brauchte, um das herauszufinden.

Gibt es denn zehntausende gefährliche Menschen in der Schweiz?

Ach was, das ist eine absurd hohe Zahl. Wenn es so viele wären, könnten sie gar einen Staatsstreich durchführen: Es gäbe hier ja verhältnismässig mehr Umstürzler als Bolschewiki in Russland vor der Oktober-Revolution 1917 (lacht).

Fühlen Sie sich an die Fichen-Affäre der 80er-Jahre erinnert?

Gewissermassen schon. Die Vorwände sind immer dieselben: Der Staatsschutz sucht sich ein Feindbild, gegen das er ermitteln kann. In den 60er- und 70er-Jahren war es der Kommunismus. Jeder, der im Verdacht stand, mit Kommunisten in Kontakt zu stehen, wurde bespitzelt. Es reichte schon, zur linken SP-Hälfte zu gehören! In den 80er-Jahren kamen die Jugendunruhen dazu. Die Scheiben, die zu Bruch gingen, waren ein perfektes Motiv für die Fichierung.

Mit dem Auffliegen der Fichen-Affäre muss sich doch was geändert haben.

Ja, es gab in den 90er-Jahren tatsächlich einen Paradigmenwechsel. Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks eignete sich der böse Kommunist nicht mehr als Feindbild. Er wurde abgelöst durch die Islamisten. Die angebliche Gefahr, die sie darstellen, benutzen so genannte Liberale wie FDP-Chef Pelli heute noch zur Rechtfertigung für Lauschangriffe.

Soll der Staatsschutz denn nicht die Möglichkeit haben, gegen mutmassliche Terroristen vorzugehen?

Wenn ein konkreter Verdacht auf eine strafbare Handlung vorliegt, natürlich schon. Falls das aber nicht der Fall ist, gibt es keinerlei Berechtigung für die Fichierung einer Person. Denn das ist reine Gesinnungsschnüffelei. Mich wundert schon, dass der Nachrichtendienst so unverfroren ist. Er hat für das Datensammeln ja nicht mal eine gesetzliche Grundlage!

Wenigstens erfolgen die Einträge im Gegensatz zu den 80er-Jahren offenbar nicht mehr nach «politischen Kriterien».

Die Frage ist hier, was politisch genau bedeutet. Gewisse radikale Milieus wie der so genannte Schwarze Block sind neben den Islamisten weiterhin im Fokus. Dafür haben die Schnüffler die Lehre gezogen, dass sie keine Parlamentarier mehr bespitzeln. Ich kann als Nationalrat unbehelligt in den Gazastreifen reisen - bei anderen Leuten wäre ich mir aber nicht so sicher.

Zuständig für die Überwachung der Schnüffler war bis 2007 der damalige Justizminister Christoph Blocher. Trägt er eine politische Mitverantwortung?

Ich glaube nicht, dass wir die Ausdehnung der Schnüffeltätigkeit auf ihn abschieben können. Er war anfangs sogar meiner Meinung, dass der Überwachungsstaat zu weit ginge. Doch ich werfe ihm vor, dass er nichts gegen das Treiben unternommen hat, obwohl er es in der Hand gehabt hätte. Er unterwarf sich dem Diktat der Terrorismus-Bekämpfung aus Washington. Und er wollte sich wohl auch nicht mit den Staatsschutz-Leuten anlegen, die ihm ideologisch nahe stehen.

Widmer-Schlumpf gelobt Besserung

Justizministerin Eveline Widmer-Schlumpf hat heute vor den Medien kurz zu den Vorwürfen der GPDeI in Sachen Staatsschutz Stellung genommen. «Wir nehmen die ganze Angelegenheit ernst», sagte sie. Der Nachrichtendienst müsse die Gesetze korrekt anwenden. «Wir sind uns bewusst, dass noch Verbesserungen möglich sind.» Laut der Justizministerin sind gewisse Massnahmen bereits aufgegleist: Das Verteidigungsdepartement arbeite an einer Revision der Verordnung über den Nachrichtendienst, die auch Verbesserungen in Bezug auf die Staatsschutzaktivitäten der Kantone bringe. (SDA)